

Grüne KopieEIDGENÖSSISCHES POLITISCHES
DEPARTEMENT

3003 Bern, den 14. Mai 1970

~~p.B.41.11.J.1.~~ - DI/STB/kw

A.B. 41.10.2

An die Schweizerischen BotschaftenSchwarzenbach-InitiativeHerr Botschafter,
Herr Geschäftsträger,

Die Ueberfremdung stellt, wie Sie wissen, in ihren verschiedenen Aspekten für unser Land ein ebenso ernsthaftes wie grundsätzliches Problem dar. Die vom Bundesrat mit Beschluss vom 16. März 1970 eingeleitete Stabilisierung des Fremdarbeiterbestandes, über deren wichtigste Neuerungen Sie der beiliegende Auszug aus einem Kreisschreiben des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements an die kantonalen Polizeidirektionen orientiert, erwies sich daher als notwendig und ist in breiten Kreisen der schweizerischen Oeffentlichkeit auf Verständnis gestossen. Sie hat namentlich den Vorteil der freien Wahl der Stelle und des Wohnorts durch den Fremdarbeiter. Demgegenüber müsste die von Herrn Nationalrat J. Schwarzenbach lancierte zweite Ueberfremdungsinitiative, sollte sie am 7. Juni vom Volke angenommen werden, für die Entwicklung unserer Wirtschaft schwerwiegende Folgen haben. Die erzwungene Abreise von 300'000 Fremdarbeitern würde nicht nur eine bedenkliche Verminderung der Produktivität hervorrufen; im gleichen Masse würde auch die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes auf den Weltmärkten abnehmen. Auch könnte eine allfällige Zustimmung zum Volksbegehren dem Ruf der Schweiz im Ausland, der sich nicht zuletzt auf die Weltoffenheit und Toleranz des Schweizervolkes stützt, Schaden zufügen.

Um Ihnen eine sachgemässe Beantwortung von Fragen zu ermöglichen, die im Zusammenhang mit der Schwarzenbach-Initiative an Sie



- 2 -

gerichtet werden könnten, dürfen wir Ihnen die Berichte des Bundesrates zum ersten und zweiten Volksbegehren gegen die Ueberfremdung (Bundesblatt 1967 Bd. I, S. 69 ff. und 1969 Bd. II, S. 1044 ff.) in Erinnerung rufen, worin die wesentlichen Punkte der schweizerischen Ausländerpolitik ausführlich dargelegt sind. Diese Berichte enthalten auch Zahlen über die jeweilige Höhe des Ausländerbestandes. Angaben über die Situation per Ende 1969 finden Sie in einem speziellen statistischen Anhang. Diejenigen Vertretungen, welche das amtliche Bulletin der Bundesversammlung erhalten, verweisen wir ferner auf die diesbezüglichen Debatten im Nationalrat sowie insbesondere das Referat von Herrn Bundesrat von Moos, das im amtlichen Bulletin der Wintersession 1969, S. 970 ff., abgedruckt ist.

Für Ihre Berichterstattung über allfällige ausländische Reaktionen oder Kommentare zur Schwarzenbach-Initiative danken wir Ihnen, sofern Sie uns nicht bereits laufend darüber informiert haben, im voraus bestens.

Wir versichern Sie, Herr Botschafter, Herr Geschäftsträger, unserer vorzüglichen Hochachtung.

2 Beilagen

Abteilung für politische
Angelegenheiten

